



Regierungsratsbeschluss vom 04. Juli 2017

Erneuerung des Staatsbeitrags für den Verein Budget- und Schuldenberatung, Fachstelle Plusminus - Nachverhandlung für die Jahre 2018 - 2020; Ausgabenbericht

P170748

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat genehmigt den Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch das Departement für Wirtschaft, Umwelt und Soziales, und dem Verein Budget- und Schuldenberatung für die Jahre 2018 – 2020.

Begründung

Der Regierungsrat legt dem Grossen Rat einen Ratschlag für einen Staatsbeitrag an die Fachstelle Plusminus des Vereins Budget- und Schuldenberatung in der Höhe von insgesamt 840'000 Franken (280'000 Franken pro Jahr) für die Jahre 2018 bis 2020 vor.

Wegen der Reduktion des Trägerbeitrags und Streichung der Praktikumsfinanzierung durch die Caritas fällt der Fachstelle Plusminus ab 2018 ein substanzieller Beitrag weg. Die Fachstelle betreibt zwar grosse Anstrengungen zur Stabilisierung der finanziellen Situation, kann die ausfallenden Mittel aber nicht in vollem Umfang kompensieren. Deshalb hat der Verein einen Antrag auf Nachverhandlung und Erhöhung des Staatsbeitrags um 50'000 Franken gestellt. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass eine Erhöhung des Staatsbeitrags zur Weiterführung der Angebote im bestehenden Umfang und in gleichbleibender Qualität unverzichtbar ist. Mit Blick auf die Gesamtsituation hält er eine Erhöhung um 40'000 Franken gegenüber dem bisherigen Staatsbeitrag für angemessen. Er ist der Ansicht, dass im Bereich der Drittmittlerschliessung noch Potenzial besteht.

